

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darressalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins und des Wirtschaftlichen Verbands von Lindi.

Darressalam
2. Okt. 1909.
Erscheint
zweimal
wöchentlich.

Abonnementspreis
Für Darressalam vierteljährlich 4 Ruple, für die übrigen Teile von Deutsch-Ostafrika vierteljährlich einschließlich Porto 5 Ruple. Für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonien vierteljährlich 6 Mark. Für sämtliche anderen Länder halbjährlich 12 Mk. — Bestellungen auf die D. O. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptredaktion in Darressalam (D. O. A.) wie von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 93/94 entgegengenommen. — Bei Bestellungen empfiehlt sich der Zusatz: „Zustellung unter Kreuzband direkt von Darressalam.“ da dies der schnellste Expeditionsweg ist. — Im Interesse einer pünktlichen Expedition wird möglichst um Vorauszahlung der Bezugsgebühren gebeten. Wird ein Abonnement nicht abbestellt, gilt dasselbe bis zum Eintreffen der Abbestellung als stillschweigend erneuert.

Insertionsgebühren
Für die 6-spaltige Zeitspalte 50 Pfennige. Mindesttag für ein einmaliges Inserat 2 Ruple oder 3 Mark. Für Familiennachrichten sowie größere Inserationsaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.
Die Annahme von Inserations- und Abonnementsaufträgen erfolgt sowohl durch die Hauptredaktion in Darressalam wie bei der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 93/94 Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postanstalten Deutschlands und Österreich-Ungarns angenommen. Postzeitungsliste Seite 81. Telegramm-Adresse für Darressalam: Zeitung Darressalam. Telegramm-Adresse für Berlin: Schlöndorff Berlin Alexanderstr.

Jahrgang XI.
No. 78.

Berliner Telegramme.

Ein neuer Hohenzoller.
Berlin, 1. Oktober 5 Uhr 40 Nachm.
(Privattelegramm der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung.) Ihre königliche Hoheit Kronprinzessin Cecilie von Preußen wurde heute Mittag von einem Sohne entbunden.

Rätsel im Nordwesten der Kolonie?

Vor einer dreiwöchigen Woche bereits wurde öffentlich-offiziös der Öffentlichkeit die überraschende Kunde zuteil, daß im Nordwesten zwischen Niousee und Viktoria-Nyanza seitens der Engländer, Kongoleesen und Deutschen Truppenkonzentrationen in einer ganz ungefähren Gesamtstärke von über 5000 Mann stattgefunden hätten; und zwar soll das seinen Grund haben in den „schon seit Jahren zwischen den Engländern und dem Kongostaat bestehenden Differenzen am 30ten Grad östlicher Länge!“

„Und eine politische Seite hätte die Sache für uns nicht.“

Dieser Vertuschungsakt ist denn doch etwas zu roh zubereitet, um selbst den zu täuschen, der auch nur die Sexta einer politischen Schule absolviert hat.

Also 5000 Mann Truppen wegen der viele Jahre alten Grenz-Händeleien, die ja mal etwas ausarteten, aber ganz im Stillen mit dem Knalleffekt eines Löwenordens erledigt wurden.

Dem Konjunkturpolitiker gibt sich hier ein Feld von mehr oder weniger begründeten Kombinationen.

Das darressalamer cabinet noir arbeitet unheimlich still. Selbst die geschicktest gelegten Fäden reichen nur bis an das verschlossene Hauptportal. Aber gerade diese unheimliche Stille läßt auf einen Sturm deuten, da doch sonst von anderen Sonderkommismissionen wenigstens dies oder jenes durchsickert, was als ziemlich reine Quelle an das Tageslicht kommt.

Die Sachlage wird aber noch interessanter gestaltet durch die offiziöse Meldung, daß die englischen Truppen in die Landschaft Msumburo einmarschierten und die ahnungslosen Kongoleesen zu überstürzt raschen Gegenmaßnahmen veranlaßten.

Man überlege sich: eine einfache Grenzstreitigkeit soll zwischen zwei Parteien vorliegen, von denen die eine nichts weiß?? Dieses Rätsel zu lösen, wird wohl nur die Regierung imstande sein. An sich ist es ein Unsinn, was der Öffentlichkeit da mitgeteilt wurde, eine Verschleierung der Tatsachen in der denkbar unglücklichsten Form.

Wenn man nun noch die Schlobach'schen Mitteilungen in Betracht zieht, daß bei den letzten endgültigen Vermessungen festgestellt wurde, daß der Msumburoberg westlich vom 30 ten Grad in Kongolesischem Gebiet liegt und außerdem die Vermarkung der theoretischen Grenze vom Schnittpunkt 30° längs des 1° bis zum Viktoria-See geschehen ist, und wenn man die von Schlobach wohlwollenden Möglichkeiten von Kompensationen in Betracht zieht, und man schließlich unserm Gouverneur keinesfalls Abenteuer zutrauen darf, auf deren Kosten er den Brennpunkt Langenburg von Truppen zu entblößen sich gezwungen sieht, so hat man ein gutes Material, um wohl ganz plausible Schlüsse zu ziehen.

Und da liegen folgende Möglichkeiten vor:

Es handelt sich um Grenzstreitigkeiten, also um Länderhader, die angesichts der scharfen Truppenanstrengungen eine erhebliche Bedeutung haben müssen.

Bis zur Evidenz erscheint erwiesen, daß an den grünen Tischen der Heimat irgend ein neues Zangibar-Abkommen getroffen wurde. Entweder zwischen Kongoleesen und Engländern, Engländern und Deutschen, Deutschen und Kongoleesen. Nur diese drei Möglichkeiten giebt es.

Der britische Gouverneur schickt 2000 Mann nur auf heimischen Befehl an eine so entlegene Stelle. Die fongole-

lesische Kopflosgigkeit zeigt sich aus den überstürzten bedeutenden Gegenmaßnahmen. Unerklärlich nur ist unser unverhältnismäßig großes Truppenaufgebot. Das erscheint, wie Militärs erklärten, zur Abwehr eines noch so großen Haufens undisziplinierter uniformierter Kongoschenzis nicht nötig.

Weiter in der Lösung dieses politischen Rätsels zu kommen, ist einfach nicht möglich.

Logischerweise aber darf man schließen, daß entweder irgend wo kompentiert bzw. irgend jemand Land abgeklopft werden soll. Das erweisen die Geschehnisse und die Truppen.

Eine spätere Zeit wird ergeben müssen, ob diesmal die wieder sich so kraß zeigende gouvernementale Geheimnistuerei am Plage war oder nicht.

Vielleicht hören wir das von Herrn Dernburg im Reichstag.

Schließlich: Hier eingelaufene Briefe reden teils von Gebietsabtretungen, teils von Vorgehen der Engländer wegen ihrer beiden auf kongolesischem Gebiet erschossenen Landsleute. Das interessiert jedoch momentan erst in zweiter Linie, da irgend etwas Exaktes bis heute nicht konstatiert werden konnte.

Aber zwei Tatsachen heben sich klar von dem verworrenen Gesamtbilde ab:

Wir Laricken zu voreilig an dem Körper unserer Schutztruppe herum und amputierten ihr im vorigen Etat mit hohem Selbstbewußtsein eine Kompagnie, deren man heute dringend bedarf. Man bedarf ihrer dringend, denn man sah sich gezwungen, den früheren Hauptaufstandsherb Langenburg von Militär zu entblößen, trotzdem in dem heutigen Fall es sich ja nach offiziöser „Aufklärung“ nur um eine jener alltäglichen kleinen englisch-fongolesischen Grenz-Meinungsverschiedenheiten handelt.

Ja wenn nun aber mal ernstere derartige Fälle vorkommen, die doch absolut nicht ausgeschlossen sind, was dann?

Sei dem, wie dem sei: die sofortige Neu-Bewilligung von 1—2 Kompagnien ist eine nicht zu umgehende und sofort zu erledigende Angelegenheit.

Wie sich übrigens der Sultan Mlinga zu dem Einmarsch unserer Truppe stellen wird, bleibt abzuwarten.

Kolonisationsystem, Monopolgesellschaften und Bodentrage in unseren Kolonien.*)

Von Major a. D. Curt von François ehem. Landeshauptmann von Deutsch-Südwestafrika.

Als vor einigen Jahren unser von gewisser Seite so viel gepriesenes Kolonisationsystem zusammenbrach, und der verumpfte Zustand unserer Kolonialfinanzwirtschaft bei Besprechung des Falles Fischer, der Verträge Tippelskirch u. Co. und Woermann wie der großen Landvergebungen im Reichstage 1906 zur allgemeinen Kenntnis gelangte, da war es das Versprechen der Regierung, gründlichst Wandel zu schaffen, das beruhigend auf die in hohen Wogen gehende Entrüstung der öffentlichen Meinung wirkte.

Den schönen Worten folgte nur zum Teil die Tat. Ein welterfahrener Geschäftsmann als Staatssekretär für die Kolonien wurde ernannt und von diesem ein großzügiges Wirtschaftsprogramm aufgestellt. Die Verträge mit der Firma Tippelskirch u. Co. und der Niederländer Woermann wurden aufgehoben, der aus Interessenten bestehende Kolonialrat aufgelöst und durch Wort und Schrift Vorträge und verlockende Bilanzen das allgemeine Interesse und besonders das der Börse für Kolonialwerte erweckt. Durch Schaffung günstiger Existenzmöglichkeiten sollte die Zufriedenheit der Eingeborenen gehoben und ihre Vermehrung begünstigt werden, durch Förderung von Eingeborenenkulturen exportfähiger Produkte eine schnelle Schaffung von Werten erzeugt, durch den Bau von Eisenbahnen die wirtschaftliche Erschließung und die Parzifizierung beschleunigt und die Kolonien möglichst schnell befähigt werden, sich selbst zu erhalten. Als wichtiger Schritt auf dem Wege zur Selbsterhaltung erfolgte die teilweise Verlegung der Finanzverwaltung von Berlin in die Kolonien, dem hoffentlich in nicht zur ferne Zeit

die Zurückweisung von Pauschquanten für die Verwaltung folgen wird.

Aber wie vieles bleibt noch zu wünschen übrig! Weder eine Beschränkung des großen Beamtenapparats, noch eine Vereinfachung der Organisation, Dezentralisation, Wegfall nutzloser Schreiberei und Hebung des Verantwortungsgefühls haben stattgefunden. Die Erhaltung gesicherter Verhältnisse, besonders in Südwestafrika, ist auf noch zu kostspielige Grundlage gesetzt worden. Immer noch herrscht das Streben, die der Allgemeinheit, dem Staate zukommenden verbenden Diamantgeschäfte an die aus 18 Firmen, darunter die gesamten deutschen Großbanken, bestehende Diamantregiegesellschaft und v. a., erwecken den Anschein, als ob die zeitige Kolonialregierung zur Gegnerschaft staatlicher Betriebe gehört. Wie ist unter diesen Verhältnissen eine finanzielle Gesundung möglich! Welches Hindernis entsteht der aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen dringend erwünschten deutschen Besiedelung unserer tropischen Hochplateaus durch das Nichtvorhandensein einer Reichsdampferlinie nach unseren afrikanischen Kolonien, durch das in privater Hand befindliche Landungsgeschäft und das vieler Eisenbahnen.

Die großen Land- und Minengesellschaften*) blühen mehr und mehr auf Kosten des Staates, trotzdem bei den meisten der Gesellschaften die Voraussetzungen bezüglich des Kapitals nicht erfüllt, ihre Rechte durch Nichterhaltung übernommener Pflichten längst verwirkt sind und die Gefährdung des öffentlichen Wohles die gesetzliche Handhabe zu ihrer Enteignung bietet. Welche Hoffnungen knüpfte man an das Aufblühen einer Minenindustrie für die Besiedelung in Südwestafrika, und wie düstert sind die Vorteile für die Kolonie, nachdem dieser Fall eingetreten ist! Die Beseitigung dieses ungesunden Zustandes ist eine nationale wirtschaftliche Notwendigkeit, die mit zunehmender Entwicklung der Kolonien immer dringlicher wird. Ich kann nur wiederholen, was ich schon 1900 (Staat oder Gesellschaft) gesagt habe:

„Als Besitzerinnen des Grund und Bodens haben die Landgesellschaften Monopolgewalt auf allen Gebieten der Erwerbstätigkeit. Die Gewinnsucht der Gesellschaften wird es verstehen, in empfindlicher Weise ihre Machtmittel gegen diejenigen auszuspielen, die im eigenen Gebiet oder als Nachbarn unbequem sind. Hierzu kommt, daß das beste Farm- und Pflanzungsland in der Nähe der Hauptmärkte, und Stapelplätze, die bestgelegenen Plätze für Faktoreien oder industrielle Anlagen von den Gesellschaften mit Beschlag belegt bleiben. Hat ein Bewerber unter Mühen und Kosten ein gewinnversprechendes Stück Land ermittelt, dann ist dieses selbstredend schon längst von der Gesellschaft zur Benutzung in das Auge gefaßt und dem Kauflustigen werden dann minderewertige, geringere Erträge liefernde Plätze zur Wahl gestellt. Da die Gesellschaften bei der Ausdehnung der ihnen verliehenen Gebiete selbst nicht in der Lage sind, nennenswerte Bodenflächen in Benutzung zu nehmen, Farmer, Pflanzler und Kaufleute aus vorerwähnten Gründen schaffungsgebiete meiden, so bleibt wertvolles Land der Benutzung durch geeignete heimische Kräfte entzogen.“

Es ist bemerkenswert und bezeichnend für den Einfluß gewisser Großspekulantengruppen, daß diese Landvergebungen zu einer Zeit erfolgten, wo in Deutschland, dank dem Bemühen hervorragender Männer wie Adolf Wagner, H. Damaschke und v. a. eine starke Strömung gegen den aus der Überlassung des Bodens als Privateigentum entstandenen Bodermucher bestand und Staat, Stadt- und Landgemeinden veranlaßte, ihren Grundbesitz anstatt wie bisher zu verkleinern, zu vergrößern und den Bodermucher einzuschränken.

Gerade die im Urzustande befindlichen Kolonien boten beste Gelegenheit, die Bodenfrage nach germanischem Recht und nicht wie in Deutschland nach römischem, fremden Recht zu regeln.

*) Bekanntlich gelangten bald nach Bismarcks Abgange an Drängen spekulativer Sköpie unter den Kolonialdirektoren Kayser und v. Bucha der größere Teil Südwestafrikas und Kameruns, kleine Teile Lagos und Ostafrikas gegen den Wunsch der leitenden Beamten in den Kolonien, mit Ausnahme der in Kamerun, in Besitz von Gesellschaften.

*) Aus „Kolonialpolitische Zeitsfragen“. Verlag: Wilhelm Süsserott, Berlin W 30.